

Stefan Hügel

## Log 3/2012

### Ereignisse, Störungen und Probleme der digitalen Gesellschaft

*Immer wieder gibt es Ereignisse, Verlautbarungen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Abbau von Bürgerrechten stehen. Wir dokumentieren hier einige davon. Die Aufzählung ist sicherlich nicht vollständig; mit einigen besonders bedeutsamen Ereignissen wollen wir aber auf die weiterhin besorgniserregende Entwicklung hinweisen.*

#### Mai 2012

**14. Mai 2012:** Berichten zufolge ist das Bundeskriminalamt (BKA) bisher daran gescheitert, einen Staatstrojaner zur Überwachung verschlüsselter E-Mails und VoIP-Telefonate zu entwickeln. Die zuvor genutzte Software privater Hersteller war nicht rechtskonform (Quellen: Spiegel, Heise).

**14. Mai 2012:** Die Artikel-29-Gruppe der EU-Datenschutzbeauftragten warnt vor neuen Gefahren beim Biometrie-Einsatz. Dadurch, dass die Kosten biometrischer Überwachung zurückgegangen seien, sei der Einfluss auf die Datenschutzrechte größer geworden. Damit würden neue Bedrohungen für die Grundrechte entstehen (Quelle: Heise).

**14. Mai 2012:** Der europäische Rat will den Zugriff auf Akten und damit die Informationsfreiheit deutlich einschränken. Heute fallen grundsätzlich alle Inhalte, unabhängig von der Medienart unter die Informationsfreiheit; künftig soll das nur noch für formell an einen oder mehrere Empfänger gerichtete Dokumente gelten. Akten, beispielsweise zu Vertragsverletzungsverfahren oder Wettbewerbs- und Kartellfällen, sollten ebenfalls nicht mehr unter die Informationsfreiheit fallen. Später wurde allerdings erklärt, dass entsprechende Pläne auf Eis gelegt worden seien (Quellen: Statewatch, Heise).

**18. Mai 2012:** Der Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit teilt mit, dass die Aufzeichnung von Kommunikationsvorgängen bei der Registrierung von Domains bei der Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN) nach deutschem Datenschutzrecht nicht zulässig ist. Strafverfolger wollten die umfassende und langfristige Speicherung dieser Daten durchsetzen (Quelle: Heise).

**19. Mai 2012:** Nach Auffassung von 50 renommierten Rechtsprofessoren in den USA kann ACTA ohne Zustimmung des Kongresses nicht in Kraft treten. Die Juristen äußerten sich dabei nicht zur Angemessenheit der Inhalte; sie bezeichneten die Sache als fundamentale Frage der Gewaltenteilung. Das für ACTA federführende Büro des US-Handelsbeauftragten hatte bisher eine Ratifizierung für entbehrlich gehalten (Quelle: Heise).

**24. Mai 2012:** Nach Erkenntnissen des Fernseh-Medienmagazins Zapp geben iOS-Applikationen von Medien wie Zeitungen, Zeitschriften, Fernseh- und Radiosendern häufig Anwenderdaten an Hersteller, Rundfunkanstalten, Verlagshäuser und an Dritte, wie beispielsweise Facebook, heraus. Unter anderem soll die Unique Device Identification, die weltweit einmalige Seriennummer, übermittelt werden (Quellen: NDR, Heise).

**25. Mai 2012:** Generalbundesanwalt Harald Range schlägt vor, *Hooligans* mit Fußfesseln zu kontrollieren. Bisher könne die Polizei Platzverweise aussprechen; es würde aber häufig nicht kontrolliert, ob sie eingehalten würden (Quellen: Hannoversche Allgemeine Zeitung, Heise).

**27. Mai 2012:** Staatsanwaltschaften und Polizei im Südwesten fordern wieder einmal die Vorratsdatenspeicherung. Dieses Mal müssen die *Enkeltrickbetrüger* als Argument herhalten (Quelle: Heise).

**30. Mai 2012:** Vertreter des Deutschen Dialogmarketing-Verbands (DVV) ermahnen Politiker bei einem Workshop zur europäischen Datenschutzverordnung, „keinen Kampf gegen die Wirtschaft zu führen“. Immer ausdifferenziertere Produkte, die immer mehr Spezialinteressen bedienen, machten die Verarbeitung der Daten erforderlich. Die Grundrechte würden missbraucht, „um die Leute zu gängeln“ (Quelle: Heise).

**30. Mai 2012:** Vertreter der neuen französischen Regierung unter dem sozialistischen Präsidenten Francois Hollande haben eine Prüfung des „Gesetzes zur Verbreitung und zum Schutz kreativer Inhalte im Internet“ sowie der damit gegründeten Aufsichtsbehörde Hadopi (Haute autorité pour la diffusion des oeuvres et la protection des droits sur internet) angekündigt. Noch vor der Sommerpause werde dazu eine öffentliche Konsultation beginnen, die weniger als sechs Monate dauern soll. Im Anschluss solle über die künftige politische Linie im Kampf gegen illegales Filesharing entschieden werden. Das hinter Hadopi stehende Strafsystem sei ineffektiv und sende eine „negative Botschaft“ aus. Es habe die Künstler gegen ihr Publikum in Stellung gebracht (Quelle: Heise).

**31. Mai 2012:** Die EU-Kommission erhebt Klage gegen Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof, da die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung noch nicht umgesetzt ist. Verzögerungen bei der Umsetzung könnten negative Auswirkungen auf den Binnenmarkt für elektronische Kommunikation sowie auf Strafverfolgung durch Justiz und Polizei haben. Die bisherige Umsetzung wurde durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt (Quelle: Heise).

## Juni 2012

**1. Juni 2012:** In seinem neu erschienenen Buch „Confront und Conceal“ schreibt der Washington-Korrespondent der New York Times David E. Sanger, US-Präsident Obama habe eine ganze Reihe von Cyberattacken gegen den Iran angeordnet, darunter auch den Einsatz des Wurms Stuxnet, der sich gegen die iranischen Atomanlagen richtete. Obama habe das dahinter stehende Programm, das unter dem Namen „Olympic Games“ unter seinem Amtsvorgänger George W. Bush initiiert wurde, nach der Amtsübernahme fortgeführt (Quelle: Heise).

**1. Juni 2012:** Das soziale Netzwerk Facebook stellt die geplante Änderungen der Daten-Richtlinie und der Nutzungsbedingungen nach Einwänden von Nutzern zur Abstimmung. Damit die Abstimmung bindend ist, müssen mindestens 30 Prozent aller aktiven registrierten Nutzer an der Abstimmung teilnehmen – nach jüngsten Facebook-Mitgliederzahlen wären das 270 Millionen Menschen (Quelle: Heise).

**3. Juni 2012:** An einer Bürgerinitiative gegen die Vorratsdatenspeicherung und für die Überprüfung der Anti-Terror-Gesetze haben sich über 100.000 Österreicher beteiligt. Die Initiative fordert, dass der Nationalrat beschließen soll, die Bundesregierung zu beauftragen, sich für die Abschaffung der Richtlinie auf europäischer Ebene einzusetzen. Terrorgesetze sollen innerhalb Österreichs auf Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit geprüft und ggf. abgeschafft werden (Quelle: Heise).

**7. Juni 2012:** Die Schufa will in Zusammenarbeit mit dem Potsdamer Hasso-Plattner-Institut Daten aus sozialen Netzen zur Überprüfung der Kreditwürdigkeit nutzen. Das Hasso-Plattner-Institut entwickle dafür Projektvorschläge. Beispielsweise könnten Zusammenhänge zwischen den Kontakten von Facebook-Mitgliedern und deren Kreditwürdigkeit analysiert werden. Das Vorhaben stößt allgemein auf Ablehnung. Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) warnt vor einem Missbrauch der

Daten aus sozialen Netzen, BITKOM-Präsident Dieter Kempf befürchtet eine Schädigung des Vertrauens in das Internet. Der Verein Digitale Gesellschaft erklärt: „Deine Freunde und dein Status sind Deine Bonität. ... Facebook und Twitter sind vielleicht öffentlich, aber keine Geschäftsdaten. Diese Daten gehen die Schufa nichts an. Es wäre also an der Zeit, dass die Schufa ihre Algorithmen offenlegt – vielleicht versteckt sich darin ja bereits ähnlicher Unfug?“ Aufgrund der öffentlichen „Missverständnisse“ kündigt das Hasso-Plattner-Institut am Folgetag das Projekt (Quellen: Digitale Gesellschaft, NDR, Heise).

**9. Juni 2012:** Nachdem die Abstimmung zu den neuen Nutzungs- und Datenschutzregeln erwartungsgemäß am Quorum gescheitert ist, setzt Facebook nunmehr die neuen Regeln in Kraft (Quelle: Heise).

**11. Juni 2012:** Der EU-Datenschutzbeauftragte Peter Hustinx warnt davor, dass intelligente Stromzähler, deren Einführung die EU-Kommission europaweit plant, die umfassende Sammlung personenbezogener Daten ermöglicht. Aufgrund der Daten lasse sich ermitteln, was Mitglieder eines Haushalt in ihrer Wohnung tun, wann sie dort anwesend sind und welche Geräte sie benutzen. Neben der Erhebung des Energieverbrauchs lassen sich auch Typisierungen herstellen, die von Marketing bis zur Preisdiskriminierung reichen (Quellen: Der Europäische Datenschutzbeauftragte, Heise).

**12. Juni 2012:** Die Vereinigung der europäischen Netzbetreiber (ETNO) drängt auf die Zulassung unterschiedlicher Qualitätsklassen im Internetverkehr und fordert ein „nachhaltiges System angemessener Vergütung“. Investitionen müssten über die Möglichkeit „kommerzieller Vereinbarungen“ sichergestellt werden. Die Einführung solcher Dienstklassen wäre eine Abweichung vom bisherigen „best-effort“-Prinzip und damit vom Prinzip der Netzneutralität (Quellen: wctleaks.org, Heise).

**13. Juni 2012:** Für die Kriegführung im Netz suchen US-Geheimdienste nach talentierten Hackern. Der Bedarf an entsprechenden Experten sei nicht gedeckt; es würden mindestens 10.000 solcher Experten bei der US-Regierung benötigt. Es gehe dabei neben der eigenen Netzwerksicherheit auch um Angriffe auf andere Rechnersysteme und Netzwerke (Quellen: U.S. News & World Report, Heise).

**14. Juni 2012:** Ein Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung wird durch die britische Regierung im Unterhaus eingebracht. Die Regelung sieht die Speicherung von Verbindungs- und Standortdaten für ein Jahr vor; eine richterliche Genehmigung ist für den Zugriff durch Strafverfolgungsbehörden nicht erforderlich. Nach ihrem Wahlsieg hatte die Regierungskoalition aus Konservativen und Liberalen noch angekündigt, die Vorratsdatenspeicherung zu beenden (Quelle: Heise).

**19. Juni 2012:** Der geplante Grenzüberwachungsapparat Eurosur und das Programm „Smart Borders“ der EU-Kommission werden von der Artikel-29-Gruppe der europäischen Datenschutzbeauftragten kritisiert. Die Datenschützer bezweifeln Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit der Programme. Bei dem Ein- und Ausreisensystem würden persönliche Daten in großem Umfang gesammelt; es sei aber nicht ersichtlich, wie mit einem solchen System die Überziehung von Visa verhindert werden könne (Quelle: Heise).

**21. Juni 2012:** Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich fordert wieder einmal die Vorratsdatenspeicherung. Dieses Mal muss die Hetze gegen den Fußballspieler Mesut Özil bei Twitter als Argument herhalten (Quellen: Neue Osnabrücker Zeitung, Heise).

**28. Juni 2012:** Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Gesetz zu Bekämpfung des Rechtsextremismus, das die Anlage einer Neonazi-Verbunddatei vorsieht. Die Datei soll den Datenaustausch zwischen den Diensten vereinfachen. Das Gesetz wurde mit den Stimmen der Koalition und der SPD beschlossen; Grüne und Linke stimmten dagegen. Ulla Jelpke von der Linken erklärte dazu, dass mit der Vorlage eine gesetzliche Grundlage eingeführt werde, die das Trennungsgebot von polizeilicher und geheimdienstlicher Tätigkeit aushebele (Quelle: Heise).

**29. Juni 2012:** Der Bundestag beschließt gegen die Stimmen der Opposition ein neues Meldegesetz. Nachdem frühere Entwürfe noch ein „Opt-In“ für die Weitergabe von Meldedaten vorgesehen hatten, ist es nach dem Beschluss nur noch verboten, Meldedaten für Werbung oder Adresshandel zu verwenden, wenn dieser Zweck bei der Anfrage nicht angegeben wurde oder der Betroffene dagegen Widerspruch eingelegt hat. Dies soll aber nicht gelten, wenn die Informationen nur zur Bestätigung oder Berichtigung bereits vorhandener Daten genutzt werden sollen. Diese kurzfristige Änderung wurde nach der Abstimmung selbst von Regierungsmitgliedern kritisiert. EU-Justizkommissarin Viviane Reding zeigte sich überrascht „dass einige deutsche Politiker die Profitinteressen von hiesigen Werbeunternehmen vor das Grundrecht der Bürger auf Datenschutz stellen“. Das Verfahren zog auch deswegen Kritik auf sich, weil die Vorlage ohne Aussprache in Anwesenheit nur sehr weniger Abgeordneter – während eines Spiels der deutschen Nationalmannschaft bei der Fußball-Europameisterschaft – in 57 Sekunden durchgestimmt worden war (Quellen: Spiegel, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Heise).

## Juli 2012

**3. Juli 2012:** Nach dem Transparenzreport von Twitter stellen die USA mit Abstand die meisten Anfragen zur Herausgabe von Twitter-Daten. Insgesamt kam es zu 849 Anfragen, davon 679 oder ca. 80 % aus den USA (Quelle: Twitter, Heise).

**6. Juli 2012:** Mitarbeiter von British Airways sollen im Rahmen einer Initiative „Know me“ nach ihren Passagieren googeln, um die Kundenerfahrung zu personalisieren. Dies stößt bei Datenschützern auf heftige Kritik: Seit wann gebe der Kauf eines Flugtickets der Fluggesellschaft das Recht, im Internet auf die Suche nach Informationen zu gehen? British Airways erklärte, „Know me“ sei einfach ein Werkzeug zur Verbesserung des Service und verstoße nicht gegen die britischen Datenschutzbestimmungen (Quellen: London Evening Standard, Heise).

**8. Juli 2012:** Die militärische Forschungseinrichtung der USA, DARPA, sucht nach Wegen, die Effizienz ihrer Killerroboter zu steigern. Langfristig soll der Energieverbrauch landgestützter Roboter für Bewegungen, den Gütertransport und andere Arbeiten auf ein Zwanzigstel des aktuellen Niveaus gesenkt werden.

Die Forschungen sind Teil des Programms „Maximum Mobility and Manipulation“ (M3) und nennt sich „M3 Actuation“. Der Fokus liegt dabei auf der Umsetzung verschiedener vorhandener Energieressourcen in Bewegungsenergie (Quelle: Heise).

**10. Juli 2012:** Apple hat bestätigt, dass alle Anfragen an das Spracherkennungssystem Siri „zur Verarbeitung der Siri-Anwendung und zu deren Verbesserung“ gespeichert würden. Experten sehen darin ein Datenschutzproblem: Repressive Regimes könnten die Aufzeichnungen als biometrisches Merkmal Oppositioneller nutzen. Auch das US-Heimatschutzministerium führt Versuche durch, Reisende anhand von Stimmprofilen zu identifizieren (Quellen: Technology Review, Heise).

**10. Juli 2012:** Die russische Wikipedia geht aus Protest gegen ein geplantes Gesetz zur Webzensur in Russland offline. Das Gesetz sieht zentrale Sperrlisten vor, mit denen Access-Provider Internetseiten sperren sollen, die Kinderpornografie verbreiten, Drogenkonsum fördern oder Anleitungen zum Selbstmord geben. Dabei sollen offenbar nicht nur DNS-Sperren, sondern auch IP-Blockaden eingesetzt werden, was auch legale Webseiten betreffen würde (Quelle: Heise).

**16. Juli 2012:** Im sozialen Netzwerk Facebook werden Nachrichten zwischen den Nutzern zur Verbrechensbekämpfung analysiert. Sobald die dafür entwickelten automatisierten Systeme Gespräche finden, die bestimmten Kriterien entsprechen, werde ein Mitarbeiter eingeschaltet, der über die Weitergabe der Informationen an Strafverfolgungsbehörden entscheidet (Quellen: Süddeutsche Zeitung, Heise).

**18. Juli 2012:** Ein Gesetzentwurf des Berliner Senats will der Polizei erlauben, Demonstrationen erneut per Video zu überwachen. Die Überwachung war zuvor vom Verwaltungsgericht wegen fehlender Rechtsgrundlagen untersagt worden. Der Gesetzentwurf ermöglicht „Übersichtsaufnahmen von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen sowie ihrem Umfeld“. Die Bilder seien offen anzufertigen und dürften nicht aufgezeichnet werden; an einzelne Teilnehmer dürfe nicht herangezoomt werden (Quellen: Berliner Senat, Heise).

**18. Juli 2012:** Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navanethem Pillay, zeigt sich besorgt über die Situation der Bürgerrechte in Russland. In einem Appell an die russische Regierung spricht sie von einer „beunruhigenden Entwicklung“ bezüglich der Versammlungsfreiheit, sowie der Meinungs- und Informationsfreiheit in der Russischen Föderation. Pillay reagiert damit auf Änderungen im russischen Versammlungsrecht und im Jugendmedienschutzgesetz (Quelle: Heise).

**24. Juli 2012:** Die US-Regierung räumt ein, dass die Abhörprogramme der US-Geheimdienstbehörde National Security Agency (NSA) nicht immer verfassungsgemäß waren. „Zumindest in einem Fall“ sei eine unverhältnismäßige Überwachung festgestellt worden (Quelle: Heise).

**26. Juli 2012:** Bei einem Trojaner, der gezielt an politische Aktivisten in Bahrain versendet wurde, handelt es sich möglicherweise um das Spionagewerkzeug FinFisher der Firma Gamma International. Die als Bild getarnte Datei deaktiviere Antiviren-Software und installiere Spionage-Programme auf dem infiltrierten Rechner (Quellen: Citizenlab, Heise).

**31. Juli 2012:** Die Initiative Europe-v-Facebook wirft der irischen Datenschutzbehörde vor, ihnen würde der Zugang zu Akten und Beweisen in ihrem eigenen Verfahren zur Prüfung von 22 Beschwerden verweigert. Beispielsweise erhalte man nicht die Argumente von Facebook; damit sei eine Auseinandersetzung nicht möglich. Eine Sprecherin der Behörde entgegnet, die irischen Datenschützer hätten immer eng mit der Initiative zusammengearbeitet. Europe-v-Facebook bekräftigt später seine Kritik (Quelle: Heise).

## August 2012

**1. August 2012:** An den großen Grenzübergängen werden Einreisende in die Niederlande automatisch fotografiert. Die Erfassung soll bei der Bekämpfung von Drogen- und Menschen-smuggel und illegaler Einreise helfen. Für andere Zwecke sollen die Daten nicht missbraucht werden. Das System sei höchstens 90 Stunden pro Monat in Betrieb, um nicht gegen die Bestimmungen des Schengen-Vertrags zu verstoßen (Quelle: Heise).

**2. August 2012:** Der bayerische Datenschutzbeauftragte Thomas Petri hat seinen Prüfbericht zur Quellen-TKÜ (Telekommunikationsüberwachung) veröffentlicht. Die bayerischen Strafverfolgungsbehörden haben zwischen 2008 und 2011 in 23 Fällen nach richterlicher Anordnung eine Quellen-TKÜ mit Trojaner-Software der Firma Digitask durchgeführt. Dabei ging es nicht darum, terroristische Gefahren abzuwehren. Petri bemängelt, dass die TK-Überwachungsaktionen unvollständig dokumentiert wurden und die Abläufe nicht nachvollziehbar seien. Die Software sei fehlerhaft gewesen, da sie in 4 von 20 Fällen Browser-Screenshots ermöglichte, was nicht richterlich angeordnet gewesen sei. Zuvor war bereits der Bundesbeauftragte für den Datenschutz Peter Schaar zu ähnlichen Ergebnissen gekommen (Quellen: Der bayerische Datenschutzbeauftragte, Heise).

**4. August 2012:** Aus Dokumenten, die das FBI zu seinem „Next-Generation-Identification-System“ (NGI) veröffentlicht hat, schließen Bürgerrechtler und Gewerkschaften, dass Gesichtserkennung zur Strafverfolgung in sozialen Netzen genutzt werden soll. Die Bilder zur Identifizierung sollten unabhängig davon genutzt werden, ob der Betroffene bereits einer Straftat überführt worden sei (Quelle: Heise).

**5. August 2012:** Der bayerische Datenschutzbeauftragte Thomas Petri fordert gesetzliche Regelungen zum Einsatz von Trojanern. Die bayerischen Strafverfolgungsbehörden hätten in einem „tiefdunklen Graubereich“ agiert. Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sieht dagegen „keinen zwingenden gesetzgeberischen Bedarf“, Einzelheiten zur Verwendung von Staatstrojanern festzulegen (Quelle: Heise).

**6. August 2012:** EU-Justizkommissarin Viviane Reding will Mitgliedsstaaten bei der geplanten europäischen Datenschutzverordnung nicht mehr Spielraum für den öffentlichen Sektor einzuräumen. Es werde lediglich „genau eingegrenzte Sonderregeln“ für Behörden geben, erklärte sie. Sie seien noch stärker als Unternehmen dafür verantwortlich, die Privatsphäre der EU-Bürger zu sichern. Reding sieht sich dabei durch den Streit über das neue deutsche Meldegesetz bestätigt. Forderungen nach mehr Spielraum werden von der deutschen Bundesregierung erhoben (Quellen: Financial Times Deutschland, Heise).

**10. August 2012:** Die iranische Regierung plant, das Land von Internet abzutrennen und ein nationales Netz einzurichten. Das bekräftigte der iranische Telekommunikationsminister Reza Taqipour. Das Internet werde von „ein oder zwei Ländern“ kontrolliert, die dem Iran feindlich gesonnen seien. Ein nationales Netz könne die westliche Dominanz durchbrechen und das Land vor Cyberattacken schützen. Zunächst sollten sämtliche iranischen Ministerien und Behörden vom Internet abgetrennt werden (Quellen: Fars News, Telegraph, Heise).

## Die Freie Software CiviCRM ist eine Software für Engagierte

Über 5000 gemeinnützige Organisationen weltweit bauen für die Verwaltung ihrer Kontakte und Unterstützer auf CiviCRM. Um diese Freie Software für die Anforderungen in Deutschland zu erweitern und den Support gemeinsam zu organisieren, haben Vertreter von mehreren Organisationen jetzt auf Anregung des FoeBuD e.V. den Verein *Software für Engagierte* gegründet. Mit dabei ist unter anderem auch das FIF.

*„Gemeinnützige Organisationen, die sich durch Spenden finanzieren, brauchen eine gute Datenbank, um Interessenten, Mitglieder und Spenden zu verwalten. Wir beim FoeBuD haben uns für CiviCRM, eine freie Software, entschieden und 2011 darauf umgestellt. Programmierer des FoeBuD haben seither die Software, die aus den USA kommt, an deutsche Verhältnisse angepasst. Zum Beispiel sind Lastschriften in den USA unbekannt. Und auch Spendenbescheinigungen, die den Anforderungen deutscher Finanzämter genügen, mussten erst programmiert werden. Es gibt auch ein Zusatzmodul, das die elektronischen Kontoauszüge mit Mitglieder- und Spendendatenbank sowie Buchhaltung automatisch abgleicht. Das erspart viel Verwaltungsarbeit und macht Teile unserer Arbeit überhaupt erst möglich.“*

Nähere Infos gibt es bei <http://sfe-ev.org/>.



Software für Engagierte  
CiviCRM Support in Deutschland